

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

264 (11.11.1922)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zu je 2.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 2.85 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 2.15 M monatlich Einzelhefte 10 M. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luitpoldstr. 21. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonietzelle 22.-M, auswärts 27.-M. Die 1/2 Seite 80.-M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Die deutsche Schwerindustrie treibt das deutsche Volk ins Elend

#### Stinnes kündigt für die Industrie der Arbeiterschaft den Kampf an

Wir haben dieser Tage darauf hingewiesen, daß die Schwerindustrie alle Versuche der Stabilisierung der Mark stabilisieren, um die Regierung durch die Inflation zu zwingen. Gleichzeitige hoffte das Unternehmertum, wenn es das deutsche Elend vermehren und erhöhen hilft, daß dann der längst geplante Schlag gegen den Alltagsbedarf gelingen werde. Diesen Bestrebungen des Unternehmertums hat Hugo Stinnes am Donnerstag einen neuen Anstoß gegeben. Es tagte eine gemeinschaftliche Sitzung des Wirtschaftspolitischen und des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates, deren Verhandlungen für geheim erklärt wurden.

Unser Zentralorgan, der „Vorwärts“ schreibt dazu: „Die Regierung sollte sich keine Illusionen darüber machen, wo der Feind ihrer Politik liegt. Dieser Feind steht rechts, er hat seine festen Stützwerke in jenen Kreisen der Schwerindustrie und der Banken, welche bisher die Kundscher der Inflation waren. In einem Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat Stinnes eine überaus heftige Rede gegen die Note der Reichsregierung und gegen die Gutschriften der ausländischen Sachverständigen gehalten. Er ist dabei vor dem Gebrauch der verächtlichsten Ausdrücke nicht zurückgeschreckt.“

Er will unter keinen Umständen eine Stabilisierung der Mark, verlangt vielmehr die restlose Beilegung des Alltagsbedarfes und die Rückkehr zu einer zehnjährigen Arbeitslosigkeit.

Es ist kein Zweifel, daß Stinnes nicht nur für seine Person geredet hat. Hier sprach er als Vertreter der Schwerindustrie, jener mächtigen und einflussreichen Gruppe, die seit alle Kraft einsetzt, um die Mark weiter in den Abgrund zu treiben. Wenn vor einigen Tagen in einer Sitzung des Präsidiums des Reichswirtschaftsrates der deutschen Industrie der Zeitpunkt und die Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Mark für noch nicht gekommen erachtet wurde, so ist das ebenfalls nicht anders, als der Wunsch, noch recht lange Ausschreitungen der Inflation herbeizuführen.

Stinnes tritt in dem Reichswirtschaftsrat hinter verschlossenen Türen schon ein Standal, weil es die Spekulation auf den Niedergang der Mark erneut anreizt und der Reichsregierung die Durchführung ihrer Sanierungsmaßnahmen erschwert, so kann man die Tatsache, daß er dieselbe Rede einige Tage früher bereits vor den ausländischen Sachverständigen gehalten hat, kaum anders als Landesverrat bezeichnen. Es ist daher vollkommen verständlich, daß bei den ausländischen Sachverständigen der Eindruck entstand, daß man schließlich mehr Angst vor der deutschen Industrie, als vor der französischen Regierung haben müsse.

Weshalb die Schwerindustrie sich so energisch gegen die Stabilisierung der Mark wendet, plaudert die „Deutsche Tageszeitung“ unvorsichtig aus. In einem Teilsatz heißt es: „Man unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß die Stabilisierung der Mark für die deutsche Industrie zunächst sehr große

Erschwürungen bringen würde, da die Spannung zwischen äußerer und innerer Valuta, die ihr in den letzten Jahren die Konkurrenz mit dem Ausland in bestimmendem Maße erleichterte, dann eben in Fortfall käme, entweder völlig oder doch annähernd. Um diesen Faktor einigermaßen auszugleichen, bräuhete die deutsche Industrie nicht nur unbedingt den Fortfall der Erschwürungen, die der Versailles Vertrag für die Beilegung der deutschen Wirtschaft im Ausland geschaffen hat: Sie bräuhete in gleicher Weise mögliche Inflationierung unserer gesamten Produktion.“

Also nur um der Schwerindustrie die durch die Inflation gesicherten Gewinne ungehindert zu erhalten, sollen die Arbeiter, Angestellten und Beamten für diese Herren schuften. Denn unter dem Schlagwort Produktionssteigerung verheißt die Industrie lediglich Ausbeutung der Arbeitszeit, nicht aber Steigerung der Erzeugung unter vermehrter Verwendung produktiven Kapitals. Die Arbeiter sollen Opfer bringen, damit die Industriellen weiter die Mäntelchen haben, ohne irgendwelche eigenen Anstrengungen Mehrgewinne zu erzielen.

Nicht der Alltagsbedarf hat bisher die Steigerung der Produktion in Deutschland verhindert, sondern die anhaltende Verelendung des Produktionsapparates, die durch die Inflation ermöglicht wurde. In fast allen Industrien ist die Arbeitsleistung gegenüberwärtig wieder auf den Friedensstand gebracht oder hat ihn übererschritten. Im Vergleich mit den übrigen Schwerindustrien, in der Textilindustrie, in der Schuhindustrie und in zahlreichen anderen Gewerben ist die Leistung pro Kopf des einzelnen Arbeiters heute höher als früher. Wenn die Gesamtleistung der deutschen Industrie trotzdem hinter ihren früheren Leistungen zurückbleibt, so ist nicht nur wegen der mit den Betriebsverlusten verknüpften Verelendung der Produktionsbasis, sondern vor allem weil die Großindustriellen jede positive Leistung zur Steigerung der Erzeugung durch technische Verbesserungen, durch produktive Verwendung ihrer Mehrgewinne unterlassen haben. Stinnes ist ja ein lebendiges Beispiel dafür. Statt neue Maschinen zu kaufen, hat er erst kürzlich über 100 Millionen Mark verwendet, um sich in den Besitz der Berliner Handelsbank zu setzen, nachdem er vorher ungezählte andere Unternehmen mit eigenem oder fremdem Kapital in seine Abhängigkeit gebracht hat. Die Rückzahlung der beborgten Gelder möchte er natürlich lieber bei einem Dollarkurs von 20 000 als bei einem solchen von 3000 vornehmen.

Die politische Situation ist jetzt klar.

Mit Stinnes gibt es keine gemeinsame Arbeit. Gegen seinen Versuch, die deutsche Volkswirtschaft in den Abgrund zu reißen, weil es ihm und einer Handvoll Schwerindustrieller Nutzen bringt, gibt es nur den härtesten Kampf. Das gilt nicht nur für Herrn Stinnes, sondern für alle, die ihm politisch föhig sind. Mit Worten, die die Lebensinteressen der großen Masse der Bevölkerung leichtem Herzens opfern, weil sie im Widerspruch stehen mit kapitalistischen Gruppeninteressen, kann es für die Sozialdemokratie, die Partei des Volkes, keinerlei Verständigung geben.

noch durch einen Minister ohne Portefeuille erweitert werden könne, spricht das „Berliner Tageblatt“ auch von einer Neubestellung des Reichspost- und Reichswirtschaftsministeriums. Neben Wälders zufolge soll für den Posten des Ministeriums des Reichens der Generaldirektor der Hamburg-Amerikanische Gesellschaft Cuno in Aussicht genommen werden.

### Die neuen deutschen Vorschläge

Berlin, 10. Nov. Der Empfang der neuen deutschen Vorschläge ist von der Reparationskommission heute vormittag in einem Schreiben an den Reichskanzler bestätigt worden. Die Reparationskommission teilt zugleich mit, daß sie die vorgelegten Pläne nach ihrer Rückkehr in Paris einer Prüfung unterziehen will.

Berlin, 10. Nov. Der Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten trat heute unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Stresemann zu einer Sitzung zusammen. Er beschäftigte sich mit der Lage, wie sie sich durch die Verhandlungen mit der Reparationskommission und die Aenderung des internationalen Sachverständigenausschusses gestaltet hat. Reichskanzler Dr. Brüning legte in einführender Rede die Stellungnahme der Regierung dar. An der weiteren Aussprache beteiligten sich die Abg. v. Lerchner (Dsp.), Graf Westarp (D.Nh.), Dernburg (Dem.), Fern. Müller (Soc.) und Dr. Spahn (Str.). Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

### Gutachten der Finanzfachverständigen

Berlin, 10. Nov. Nachdem nunmehr auch das zweite Gutachten der internationalen Finanzfachverständigen, das von den Herren Dubois, Kamenska und Bifferting unterzeichnet ist, der Reichsregierung vorgelegt wurde, sind die beiden Gutachten im Auftrag des Reichskanzlers der Reparationskommission zur Kenntnis gebracht worden. Das erste Gutachten, das der Reichsregierung bekanntlich schon vor einigen Tagen übergeben und veröffentlicht worden ist, war von den Herren Brand, Cassel, Keynes und Zents unterzeichnet.

### Der Versuch des Völkerbundes, Oesterreich wieder aufzubauen

Von Dr. Karl Renner, Staatskanzler a. D.

Das Heft 22 der Zeitschrift für Weltwirtschaft „Der Wiederaufbau“ bringt als Epochenartikel einen Aufsatz von dem früheren österreichischen Staatskanzler Dr. Karl Renner, der sich mit den politischen und wirtschaftlichen Folgen der vom Völkerbund für Oesterreich beschlossenen Kreditaktion befaßt. Dr. Renner hält diesen Sanierungsplan des Völkerbundes deshalb für besonders bedeutungsvoll, weil kein Zweifel darüber bestehen kann, daß hier ein Muster geschaffen ist, das auf andere Staaten übertragen werden könnte. Die Ausführungen des Verfassers gehen von dem Gesichtspunkt aus, daß die österreichische Krise nicht durch Reparationszahlungen hervorgerufen oder gesteigert ist, denn die im Friedensvertrag von Saint Germain vorgesehene Unterkommission der Reparationskommission ist längst aus Wien abberufen worden, da an Reparationen nicht zu denken war. Dr. Renner stellt den Hauptgrund für die österreichische Wirtschaftskrise darin, daß Oesterreich durch den Friedensvertrag zu einem verfallenen Wirtschaftskörper geworden ist, der überhaupt nicht in der Lage ist, selbständig zu existieren.

Oesterreichs Volkswirtschaft ist krank und also ist es auch der Staatshaushalt. Der Völkerbundsplan geht daher von der Voraussetzung aus: Stellt man mit gewaltsamen Eingriffen das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Staates wieder her und zwingt man der österreichischen Volkswirtschaft ein goldbedecktes Knie auf, so wird auch die Volkswirtschaft Oesterreichs gefunden. Als ob nicht Defizit und Währungssturz die Folgen der Zerstückelung einer früher blühenden Volkswirtschaft wären. Um das enorme Defizit im Staatshaushalt von 322 Millionen Goldkronen zu beseitigen, sollen schon im Jahre 1923 die Ausgaben für das aktive Personal an Staatsbediensteten um 20 Proz. vermindert oder jeder fünfte Angestellte auf Pfahler geworfen werden. Ende des Jahres 1924 soll jeder dritte Angestellte aus dem Dienste entlassen sein. Was mit den „Abgebauten“ zu geschehen habe, und wovon ihre Familien leben sollen, bleibt ihnen selbst überlassen. In zwei Jahren wären die Staatsausgaben von 628 auf 237 Millionen Goldkronen einzusparen. Eine solche Reduktion der Staatsmaschine, wie sie Oesterreich erfahren soll, ist wohl ohne geschichtliches Beispiel. Es ist keine Frage, daß mit einem Schlage zahllose Existenzen vernichtet werden müssen, wenn dieses Experiment gelingen soll. Es ist aber auch keine Frage, daß die Republik zahlreiche öffentliche Aufgaben, welche einen modernen Fürsorge- und Kulturstaat kennzeichnen, einfach streichen und auf solche Fürsorge und Kultur wird verzichtet müssen.

Damit der Staat diese Selbstverfümmelung hindern zu können die Zeit und die Mittel gewinne, soll ein auswärtiges Anlehen aufgebracht werden und in den Dienst dieser Aufrüstung stellt sich der Völkerbund. Seine Verzinsung wird nicht nur durch die garantierenden Mächte, sondern auch durch die verfallenen österreichischen Zolleinnahmen und Ertragnisse des Tabakmonopols sichergestellt. Diese Konstruktion erinnert insofern an die Dette publique des ottomanischen Reiches.

Insofern übersteigt die hier eingerichtete Kontrolle ihrer historischen Vorbilder nicht. Dieses Programm ergreift die gesamte öffentliche Wirtschaft, berührt zum großen Teile auch die Privatwirtschaft und ist dadurch garantiert, daß der Generalkommissar die erwähnten internationalen Kredite nur teilweise ausfolgt und, wenn er vermeint, daß die Regierung mit der Durchführung im Verzuge ist, die Auszahlung auch einstellen kann. Da der Regierung zugleich verboten ist, sich auf anderem Wege Kredite zu verschaffen, so ist sie dem Generalkommissar auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, es bleibt ihr nur der Appell an den Völkerbundsrat.

Für eine so weitgehende Unterstellung eines souveränen Staates unter eine auswärtige Macht besteht wohl kein geschichtliches Beispiel. Ist diese Kontrolle wohlmeinend und selbstlos gefaßt, so kann sie mit der Vormundschaft über einen Unmündigen verglichen werden; machen sich politische und wirtschaftliche Interessen des Vormundes geltend, so ist sie mehr der Sklaverei verwandt. Es ist kein Wunder, daß sich weite Teile der österreichischen Bevölkerung, die politisch selbstbewußten vor allem, gegen eine solche Kontrolle auflehnen. Auch die Arglosen und Vertrauensseligen hat, als sie die Volkshaus aus Genf näher prüften, ernste Sorge ergriffen. Es handelt sich hauptsächlich um eine Operation auf Tod und Leben, wo jeder Fehlschritt das Ende bedeuten kann. Kann ein Arzt, der den Patienten gar nicht kennt, aus taufend Meilen Entfernung die Operation durchführen? Solche Bedenken hätten den Rat des Völkerbundes veranlassen müssen, die Zusammenarbeit des Kommissars mit der Volkshausleitung und vor allem die Mitarbeit aller Parteien des Parlaments zu fordern. Statt dessen hat der Völkerbundsrat — wie es scheint, auf Einflüsterung gewisser Kreise in Oesterreich selbst — die Auszahlung des Parlamentes und die Übertragung einer gewissen diktatorischen Gewalt auf die Regierung in das Protokoll aufgenommen! Ein aufrechtes und selbstbewußtes Volk wird nur mit Widerstreben eine Kontrolle von der Art auf sich nehmen, wie sie die Dette publique Ottomane über die Türkei verhängte. Dazu kommt endlich, daß das Protokoll 1 der Genfer Kreditkonvention das Verbot des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland wiederholt und verschärft. Es darf sich daher das Ausland nicht wundern, warum ein Akt, der von seinen Gehirnen als Hülfe und Rettung gedacht war, von einem so großen Teile

### Die Umbildung der Reichsregierung soll sofort versucht werden

Dr. Brüning mit der Umbildung beauftragt — Ein Kabinett des „Wirtschaftlichen Wiederaufbaus“ — Sozialdemokratie lehnt offizielles Zusammenarbeiten mit der Volkspartei ab. Der Reichskanzler empfing am Freitag die Führer der Sozialdemokraten zur Fortsetzung der Aussprache über ein wirtschaftliches Aktionsprogramm. Hauptgegenstand der Besprechung, an der fast sämtliche Mitglieder der Reichsregierung teilnahmen, bildete jedoch die Frage der Regierungsumbildung.

Der Reichskanzler machte längere Ausführungen, in denen er erklärte, daß der Reichspräsident ihn nunmehr mit der Umbildung der Reichsregierung beauftragt habe. Er wolle dieses Problem sofort in Angriff nehmen und werde, wie es im „Berliner Tageblatt“ heißt, zu diesem Zwecke mit ihm geeignet scheinenden Männern der Wirtschaft in Verhandlungen eintreten. Es liege also, wie die „Vossische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ schreiben, nicht in der Absicht des Reichskanzlers, die sogenannte „Große Koalition“ mit dem Reichstag zu verwickeln, sondern vielmehr unter Führung der Volkspartei zu verwickeln, eventuell auch der Bayerischen Volkspartei zu verwickeln, sondern vielmehr unter Führung von führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft, die zum Teil der deutschen Volkspartei nahe stehen, ein Kabinett des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu bilden.

Wie das „Berliner Tageblatt“ wissen will, hat der Abg. Hermann Müller als Sprecher der Sozialdemokraten erklärt, daß seine Partei gegen den Eintritt von Männern der Wirtschaft in die Reichsregierung niemals etwas einzuwenden gehabt hätte. Dagegen sei die Sozialdemokratie nach wie vor gegen ein offizielles Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei.

Während die „Vossische Zeitung“ berichtet, der Reichskanzler habe zum Ausdruck gebracht, daß zurzeit nur zwei Sätze im Reichskabinett frei seien, das Ministerium des Reichens und das Ministerium des Wiederaufbaus, das eventuell

Oesterreichs mit leidenschaftlichem Protest aufgenommen worden ist.

Betrachtet man die Genfer Arbeitskonvention von einem Standpunkt, der das Los der deutschen Nation in Europa zu überblicken sich bemüht, so wird man nicht ohne Schmerz wahrnehmen, daß neuerdings ein Stück deutsche Erde und deutschen Volkes unter Fremdherrschaft kommt. Oesterreich wird, wenn auch in anderen Formen, eine Provinz des Völkerbundes wie das Saargebiet oder wie Danzig, und wer hinter dem Völkerbund verheimlicht stehen wird, ist heute noch ebenso ungewiß, wie gewiß ist, wer hinter ihm heute steht. Zugleich hat dieses Muster wie es scheint auf manche Kreise der Entente verlockend gewirkt und sie glauben, in ihm ein Vorbild zu erkennen, nach dem man auch Deutschland behandeln könnte. Noch ist unbestimmt, ob die Genfer Vereinbarungen un verändert in Kraft treten, noch ist nicht voranzusehen, wie sich im Ernstfalle das Völkerbündnis gestalten wird, ob es Rettung und Befreiung oder ob es die völlige Abhängigkeit bringt — sicher aber ist das eine: die Genfer Konvention wird dunkle Schatten auf den Weg, den die deutsche Nation in Europa noch zu gehen hat.

### Anerkennung der britischen Arbeiterpartei durch einen namhaften bürgerlichen Politiker

In die Rolle, die bürgerliche Politiker Englands der Haltung der englischen Arbeiterpartei im Hinblick auf einen Krieg in Vorderasien bemessen, gibt ein Brief einen interessanten Einblick, den Lord Zereburn kürzlich an den durch seine mutige Bekämpfung der Kriegsschuldigen bekannten Politiker G. D. Morel geschickt hat und den dieser in dem neuesten Heft der von ihm herausgegebenen ausgezeichneten Zeitschrift "Foreign Affairs" abdruckt. Lord Zereburn war Lordkanzler in der liberalen Regierung des Jahres 1908. Vorher nahm er die hohe Stellung eines Reichsanwalts und Reichstonsanwalts ein. Der Brief lautet:

Die schwierige Lage, in der wir uns kürzlich am Bodensee und an den Ardennen befanden, wird, wie ich glaube, der Öffentlichkeit die Gefahr vor Augen geführt haben, der wir uns aussetzen, wenn wir unsere Politik und unsere Ziele weiterhin geheim halten. Es wird keine Hilfe von den Seiten kommen, die sich noch liberale Führer nennen. Sie begannen dieses Geheimnisses, ohne das der Krieg von 1914 niemals gekommen wäre. Wenn die Wähler unklar genug sind, ihnen zu geben, was sie wünschen, nämlich die Macht, wiederum unsere Angelegenheiten zu führen, können wir innerhalb weniger Stunden erneut in den Krieg getrieben werden.

Nichts kann ermutigender sein, als die entschlossene Haltung, die die Wortführer der Arbeiter eingenommen haben. Man lasse die Wähler die gleiche Haltung einnehmen und sich weigern, weitere Kriege zu dulden, die durch die Dummheit unserer Herrschenden entstehen, und wir werden unseren Platz einnehmen als Führer des neuen Kreuzzuges gegen den verurteilten und wahnhaften Krieg. Die Versicherung, daß die Arbeitervertreter nicht fähig wären, ein Ministerium zu bilden, ist ganz einfach unfaßlich. Ramsay MacDonald, Snowden und Abel würden die Geschäfte mit mehr Entschlossenheit und gesundem Menschenverstand führen, als unsere augenblicklichen Minister. Ich stimme mit einigen ihrer Auffassungen nicht überein, aber allen Dingen mit ihren Ansichten über die Verantwortung nicht. Aber die gegenwärtige Gefahr steht über dieser Politik. Wenn wir es wagen, daß unsere Außenpolitik in Zukunft so verfahren wird, wie zuvor, dann wird bald recht wenig mehr zu verhandeln sein. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die feste Haltung, die die Arbeiterpartei einnahm, und vor einem zerstörenden und endlosen Krieg bewahrt hat... Meine Gesundheit läßt es nicht zu, den Anteil an den schwierigen Aufgaben des Parlaments zu nehmen, den ich mir wünsche. Aber wie unzulänglich meine Kräfte auch sind, ich kann mich nicht enthalten, ein nüchternes Bild der Folgen zu geben, die aus der Fortsetzung unserer gegenwärtigen Regierungsweise entspringen.

### Vom Kartoffelwucher

Wilde Ankünder sind auch in diesem Jahre massenhaft an der Arbeit, um die Kartoffelstempel in die Erde zu treiben. Um diesen Elementen mit Erfolg entgegenzutreten zu können, ist u. a. in Vorschlag gebracht worden, daß die Eisenbahn nur solchen Bestellern Wagen zur Verfügung stellen soll, die selbst Produzenten

### Hinter Pflug und Schraubstock

Skizzen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs  
Von Max Esch  
(Fortsetzung.)

Bruce begann dann in der harmlossten Weise von seinen Arbeiten zu erzählen, von Wädhaken in Neuseeland, von Bränden in Bengalen, von einer riesigen Marktallee in Malakka. Die Welt schrempfte zu einem Kugeln zusammen, auf dem wir herumspitzten, bald mit dem Kopf, bald mit den Füßen nach oben, wie Riegen auf einem Apfel. Und überall große Pläne, Arbeit in Menge und Ausblicke in die Zukunft, daß einem die Augen übergingen. Dabei blieb er so ruhig und kühl, als verhandle sich alles von selbst, als brauche er nicht vom Stuhl aufzustehen, um alle Weltteile zu übersehen. Ein anderer Horizont als in Karlsruhe, Ernst! Ich wunderte mich schieflich mehr über mich als über ihn, daß er mir das alles sagte und dabei nicht verzog, mein Speererglas zu fällen. Aber ich brauchte mich nicht zu bemühen. Er sprach mehr für sich als für mich. Es war kein Sonntagnachmittagsrausch. Schätzlich begleitete er mich bis an das Gartentor, unter dem er plötzlich stehen blieb. Wie mit einem Knack ging eine Veränderung in ihm vor. Das Traumegeicht verzerrte, das Gesichtsgelächte kam zum Vorschein, bestimmt, scherzhaft, mit einem leisen Zug von Ironie um den halb verdeckten Mund. Dann sagte er:

„Ich brauche einen Rechner. Wann können Sie eintreten?“

„Am Mittwoch, Herr Bruce!“ sagte ich. Du kannst dir denken, wie mir zu nute war.

„Gut! Bis Mittwoch also. Adieu!“

„Und um es nicht zu vergessen!“ — Stroh machte einen böhmischen Versuch, Gleichgültigkeit zu heucheln — am Ende der Gartenmauer, an der mich der Weg zum Bahnhof hinführte, steht auf derselben ein mit Eisen dübeln überwachenes Wartenhäuschen, eine kleine eiserne Kapelle, wenn man das Ding näher ansieht. Als ich, noch halb betäubt von der plötzlichen Wendung der Dinge, unter demselben weiterging, wurde von unsichtbaren Händen ein Korb voll Blumen auf mich herabgeschüttet, so kunstvoll und energisch, daß mein Hut in einem Wümmenregen davonrollte und das silberne Lachen von zwei Kinderstimmen — das heißt ziemlich großen Kinderstimmen — mich in meinem Zweifel ließ, wer mich in dieser lieblichsten Weise verabschiedet halte. Das nennest du hierzulande „practical jokes“. Sie sind eben praktisch, wo sie die Haut anpöbeln, diese Engländer.

ten sind oder sich im Besitz einer Genehmigung für die Zulassung zum Kartoffelhandel befinden. Leider ist die Eisenbahnverwaltung, wie uns mitgeteilt wird, nicht in der Lage, diesen Weg zu gehen. Sie muß nach der Eisenbahnverkehrsordnung, die Gesetzkraft besitzt, alle ihr zur Beförderung übergebenen Güter annehmen. Es bleibt also den Organen der allgemeinen Polizei vorbehalten, die Einhaltung der Kartoffelverordnung zu überwachen und den Preiswucher wie Kettenhandel zu bekämpfen. Die Eisenbahn unterstützt die Polizeibehörden in jeder erdenklichen Weise. Die Polizei hat Gelegenheit, das Verbotsgeschäft auf den Bahnhöfen zu überwachen, und das Bahnpersonal ist angewiesen, auf etwaige Zuwiderhandlungen des Kartoffelgeschäfts und insbesondere auf die vom Schleich- und Kettenhandel beliebte Form der Weiterverladung zu achten. Durch diese Weiterverladung geht die Ware, bevor sie zum Kleinhandlert kommt, durch die Hände einer ganzen Reihe von Händlern, die ohne nennenswerte Arbeitsleistung reichlichen Gewinn erzielen und damit ohne Not und Berechtigung die Kartoffeln wesentlich verteuern. Die gemeinsamen Bemühungen von Eisenbahn und Polizei können aber nur dann den Erfolg sehen, wenn die Erzeuger sich auf ihre Pflicht beziehen und Kartoffeln nur an solche Personen verkaufen, von denen sie wissen, daß der Kauf für sie nicht nur der Anlaß zur Verschlebung und Verwertung der Kartoffeln ist.

### Wilhelms Abzug

Otto Hammann, ein in Preußen beim Auswärtigen Amt, hat in diesen Tagen seine Erinnerungen unter dem Titel „Wilhelm aus der letzten Kaiserzeit“ herausgegeben. In dem Buche wird ein Brief mitgeteilt, den Solf, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, unter dem 28. Januar 1919 an Hammann richtete und der von den Umständen erzählt, unter denen sich Wilhelm von seinen getreuen Untertanen verabschiedete. Nachdem Solf sein Bedauern über Wilhelms Flucht aus Berlin geäußert hat, in der er die entscheidende äußere Ursache des Zusammenbruchs der Dynastie erblickt, berichtet er von den Versuchen, den Kaiser zum Thronverzicht zu bewegen. Der Reichszentralrat v. Baden hatte Solf gebeten, zu diesem Zweck nach Spa zu reisen, und Solf hatte sich als Begleiter den „vom ganzen Kabinett hochgeschätzten Ernährungsminister v. Walther“ erboten. Dieser aber lehnte ab, weil er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren konnte, als treuer Anhänger der Monarchie seinem Herrn Nachgebildeten gegen revolutionäre Wünsche zu empfehlen. Dann heißt es weiter in dem Briefe:

Nach der Absegnung Walthers bestand der König darauf, ich solle allein nach Spa fahren. Ich empfahl, vorher bei Scheidemann und Ebert festzusetzen, inwiefern die Verhandlungen zwischen Reichssozialisten und Unabhängigen vorgeschritten seien. Mit Einverständnis des Königs rief ich Scheidemann an, der mir erklärte, wenn morgen bis am frühesten Nachmittag die Abhandlung des Kaisers verhandelt wäre, bestünde vielleicht ein Schimmer der Möglichkeit, die Revolution abzuwenden. Zur Sicherheit rief ich auch Ebert an und teilte ihm Scheidemanns Auskunft mit. Ebert antwortete, die Reise nach Spa sei nutzlos, die Revolution werde am anderen Morgen ausbrechen, Scheidemann sei aus der Sitzung fortgegangen, bevor er diese Wendung der Dinge wissen konnte. Der König verzichtete hierauf auf meine Reise, sagte aber, ich solle als Staatssekretär des Reiches den Kaiser in einem Telegramm nach Spa zum letzten Mal auf die Folgen hinweisen, die eintreten würden, wenn die Sozialdemokraten aus dem Kabinett des Königs ausgeschieden und es zu einer machtlosen Regierung abgewandert, die vor den Spartakisten kapitulieren müsse.

Genügt hat die hierauf abgegebene Depesche im Hauptquartier nicht, sie hat nur, wie ich nach wenigen Tagen erfuhr, neue Enttäuschung gegen Prinz Max und die um ihn zur Folge gehabt.

Das, lieber Hammann, sind die Zusammenhänge, die Sie gern wissen wollten, und die ich lebhaft in Gedächtnis behalten habe. Wer an der letzten Zeit der monarchischen Regierung Anteil gehabt, insbesondere in der Reichskanzlei den geradezu fürchterlichen Vormittag des 9. November mit durchgemacht hat, muß sich auflehnen gegen die blinde Ungerechtigkeit, die den Prinzen Max von Baden zum Kaiserthroner und zu einem süddeutschen Feind der Hohenzollern stempeln möchte. Ich bin in den schwermsten Wochen des Oktober 1918 Tag für Tag Zeuge gewesen, wie der Prinz dafür gewirkt hat, dem Kaiser, und, als dies unmöglich wurde, der Familie Hohenzollern den Kaiserthron zu erhalten. Aus vielen Einzelheiten der langen schwierigen

Verhandlungen über die Auslegung des rätselhaften Wortlautes der Wilsonschen Note haben ich und meine Mitarbeiter die Überzeugung zurückgehalten, daß Prinz Max bis zuletzt bemüht geblieben ist, die Zukunft für ein monarchisches, ein kaiserliches Deutschland sicherzustellen — bis zum Schluß, am 9. November, als Scheidemann und Ebert mit vier anderen Parteiführern in der Reichskanzlei erschienen und dem Prinzen ver kündeten — Ebert war der Sprecher — die kaiserliche Regierung habe kein Vertrauen mehr im Volke. Ich werde die wenigen Minuten dieser Unterhaltung nie vergessen. Ebert rebete kurz, ohne Umschweife, voll eindringlicher Bucht und mit großem Ernst als Vorkämpfer einer überlegenen, zum Schluß gesammten Massenmacht, der die Regierung des Prinzen Max ebenbürtig nicht entgegenzusetzen hätte!

### Die Konsequenz des Gewerkschafters

Wenn wir in einer Betrachtung über den Ausfall der Landtagswahl in Sachsen, der sehr erfreulichen Tatsache Bedeutung schenken, daß dort zum ersten Male wieder auch die Gewerkschaften durch die örtlichen Gewerkschaftsstellen offen für die Sozialdemokratie auf den Plan traten und Aufreize lieferten, die zur Unterbindung der Sozialdemokratie aufzuerhalten, sowie durch Kontrollschleusen die Wahlbeteiligung ihrer Mitglieder feststellen, gibt dem „Vorbild“ Veranlassung zu einer Lamentation gegen den sozialistischen Geist der freien Gewerkschaften. Er schreibt:

Die Fiktion, als ob die „freien“ Gewerkschaften nicht sozialdemokratisch wären, ist also jetzt offen aufgegeben. Daraus muß jeder, der den freien Gewerkschaften angehört, die Konsequenzen ziehen, nach der einen oder anderen Seite. Wer schwant, kommt unter die Räder. Die Räder in Sachsen waren besonders für die Sozialdemokratie eine Gewaltprobe. Das Ergebnis muß auch darnach beurteilt werden. Die Kontrolle durch die Gewerkschaften ist kein einwandfreies Mittel. Daß es angewandt wurde, zeigt die Not und vermindert in etwa die Bedeutung der von der Sozialdemokratie erreichten Stimmengahl.

Wir sind dem „Vorbild“ dankbar, daß er uns mit seinen Bemerkungen Gelegenheit gibt, etwas Grundhaftes zu der angeführten Frage zu sagen. Wenn sich die in Deutschland nachgehenden gewerkschaftlichen Organisationen als „freie Gewerkschaften“ bezeichnen, so wollen sie damit sagen, daß sie frei von allen arbeitgeberfeindlichen politischen Einflüssen die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter vertreten wollen.

Wenn bei Wahlen die Notwendigkeit an die Arbeiter herantritt, sich für die eine oder andere politische Partei zu entscheiden und sie dies in ihrer Mehrheit für die Sozialdemokratie tun, so ist damit lediglich der Beweis dafür erbracht, daß die gewerkschaftlich geschulten Arbeiter zu der Überzeugung gelangten, daß unsere Partei allein für die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen in Betracht kommen kann — wie überhaupt die sozialdemokratische Partei von der Masse des arbeitenden Volkes immer mehr als dessen Hort angesehen wird. Die Entwidlung zeigt das.

Wir geben sogar noch weiter und sagen: Unsere arbeitenden Volksgenossen in den christlichen Gewerkschaften hätten eigentlich alle Veranlassung, gegenüber der Sozialdemokratie den gleichen Standpunkt einzunehmen. Was sie davon abhält, ist auf das Konto der Beeinflussung politischer Parteien, insbesondere der Zentrumspartei zu setzen. Und doch hätten die Arbeiter, die infolge ihrer religiösen Einstellung zum Christentum in das Lager der christlichen Gewerkschaften gekommen sind, die hitzige Pflicht, politisch ihre sozialistische Neigung zu bekämpfen.

Wir hoffen, daß sich bei der kommenden Gemeindevahl am 19. November die Gewerkschaften ein Beispiel an dem christlichen Vorbild nehmen und alles aufbieten, daß auch in Baden die Arbeiter nicht verfallen und Mann für Mann die sozialistische Hilfe wählen. — Desgleichen die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter. Es ist nämlich so, wie der „Vorbild“ oben sagt: Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen nach der einen oder anderen Seite die Konsequenzen ziehen. Der schwant, kommt unter die Räder! — Oder sollte der „Vorbild“ vielleicht der Meinung sein, daß die Arbeiter Zentrum wählen sollen? Das wird wohl nicht der Fall sein.

### Wer sein Geld liebt,

der facht Meider, Wäsen, Strümpfe, Gardinen usw. nur mit der weltberühmten „Seitmanns Farben“, Marke „Fuchsfuß im Stern“, weil sie die besten sind.

aufwies. Die eine Hälfte war in einen Spielplatz umgewandelt, auf dem etliche zwanzig gesunde, kräftig und — nach Schindler — hochhaft aussehende Jungen mit fuchsfarbenen Erbsen und gelegentlich widem Gschrei Kricket spielten. Als er über den Platz dem Hausdor zuging, traf ihn der Kricketball schmerzhaft an den Hinterkopf. Die Jungen waren hierüber in höchstem Grade entzückt, trotzdem er, halb betäubt, sich zu entschuldigen suchte. Doch hatte der Zwischenfall auch sein Gutes. Der Doktor ersah unter der Haut, nahm ihn nicht allzu unfeindlich unter seinen Schutz und führte ihn in sein Studierzimmer.

„Das erinnert mich lebhaft an meinen Wümmenregen, Schindler“, sagte Stroh trübselig. „Wir scheinen beide Gläubiger zu sein, jeder in seiner Art. Hat es dir auch den Gut vom Kopf geschlagen?“

„Fast du auch eine faustgroße Beule am Hinterkopf?“ fragte Schindler etwas gereizt, ehe er fortfuhr. Der Doktor, ein rieflicher Bettlumpen, wohlgebet, würdig und wohlwollend, schien kein böser Mann zu sein. Er hat dem neuen Kandidaten freundlich über den stolierenden Anfang der Vorstellung weg. Dieser erzählte, wie er durch seinen Freund Stroh, dessen Mutter eine wertvolle Freundin der berühmten Frau des Schwabers des Herrn Doktor sei, erfahren habe, daß das berühmte Institut eines neuen französischen Lehrers bedürfte. Er konnte, um sich um diese Stelle zu bewerben.

„Sehr schön, sehr schön!“ meinte der Direktor, der mit dem Bild eines weltkundigen Menschenkenners sofort bemerkte, daß er einen billigeren französischen Professor schmerzlich gemannem könne. „Sie haben wohl Zeugnisse, Patente, Referenzen?“ fragte er aber trotzdem mit würdiger Zurückhaltung.

„Zeugnisse — gewiß — das heißt —“ flüsterte Schindler und griff nach seiner wohlgefüllten Brusttasche. Seine Zeugnisse waren ja ausgezeichnet, berührten aber, wie ihm plötzlich schmerzte, auf das Herz fiel, seine Leistungen im Französischen nicht im geringsten. Die wenigen auf seine sprachlichen Kenntnisse bezüglichen Papiere aus der Gymnasialzeit waren die einzig mittelmäßigen, die er besaß, und trotzdem hatte sie der epheliche Mensch mitgenommen.

„Sie sehen, Herr Direktor“, sagte er mit dem Mut der Verzweiflung, ehe er diese entfaltete, „ich bin ein geborener Franzose, wie Ihnen hier mein Paß bestätigt. Und so ist es wohl nicht unerlässlich, daß ich keinen Wert auf Zeugnisse bezüglich meines Französischen lege.“

(Fortsetzung folgt.)

### Badische Politik

#### Demokratisch-gesamtwirtschaftliche Koalitions-Fraktionen

Die Werbung, die der Führer der demokratischen Landtagsfraktion, Abg. Dr. Glöckner, Anbiederungsversuche bei der Deutschen Volkspartei und dem Landbund gemacht hat, um eine Erweiterung der Regierungskoalition zustande zu bringen, wird von der demokratischen Presse bestritten. Die Demokraten haben also hinter dem Rücken der beiden andern Koalitionsparteien mit außerhalb der Koalition stehenden Parteien Verhandlungen angesetzt oder anzubahnen versucht. Zu welchem Zwecke, bedarf wohl keiner näheren Erörterung. Es richtet sich der Versuch zweifellos gegen die Sozialdemokratie! Das dieses von Herrn Glöckner behauptete Verfahren wider Treu und Glauben verfährt, geradezu ein Verrat vor allem an dem einen der Koalitionsverbündeten, der Sozialdemokratie, ist, bedarf ebenfalls keiner weiteren Auseinandersetzung. Daß das Verhandeln mit einem der schärfsten und erbittertesten Gegner der Sozialdemokratie nicht geeignet ist, das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Koalitionsparteien zu stärken, ist ebenfalls ohne weiteres klar. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls sich über die Unzuverlässigkeit der Demokraten nur ihre eigenen Gedanken machen. Dieser Koalitionsgegenseitigkeit wird nunmehr mit einiger Vorliebe zu gehen sein!

Aber — der Herr Schöfer teilt mit, daß auch mit den Rechtsparteien! Die Neue Badische Landeszeitung teilt nämlich auf einige zähe Einwendungen des „Bad. Beobachters“ gegenüber dem Verhalten des Herrn Glöckner mit, daß das Zentrum „gar nicht so tun brauche“, denn — der Herr Dr. Schöfer habe doch vor ungefähr 3 Jahren die demokratischen Fraktionen ganz besonders eindringlich den Wunsch des Zentrums nahegelegt, eine engere Fühlung mit dem Landbund und der Deutschen Volkspartei herzustellen! „Es gibt aber etwas anderes“, so bemerkt das demokratische Blatt weiter, „worüber die Öffentlichkeit nicht unterrichtet ist: nämlich die mannigfachen Verhandlungen, die der Chef der Zentrumspartei und -fraktion, Herr Schöfer, selber mit dem Landbund und der Deutschen Volkspartei geführt hat. Daß er mannigfache und ansehnliche auch nicht geringe uninteressante Unterhaltungen, insbesondere mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, dem Abg. Weber geführt hat, weisen doch die Spalten von den Dächern!“

Das sind ja allerliebste Sachen, die da bei dem Ehegatten in der Koalition ans Tageslicht kommen. Also Herr Schöfer muß auch Anschlag nach rechts. So ein Ehegattenwiefuß hat doch manchmal sein Gutes. Offen gesagt: Bei Herrn Schöfer und seinem Zentrum wundern uns das nicht. Die Partei war noch nie zuverläßig. Es entspricht ganz ihrer Tradition, daß ihre Politik immer nur auf den größten Vorteil eingestellt ist. Also, die Vorteile des Herrn Schöfer mit dem Herrn Weber und Herrn Glöckner wundern uns nicht. Sie liegt in der Natur des Zentrums.

Eine andere Sache ist aber, ob es als Aufschwüfung für die Demokraten gelten kann, deshalb einen Anschlag mit Sozialpartei und Landbund zu beginnen, weil das Zentrum auch einen Anschlag hat. Und da möchten wir doch sagen, daß wir diese Anschläge der Demokraten nicht gelten lassen können. Die Demokraten sind doch immerhin noch Demokraten — ihr Name besagt es wenigstens. Und der Name — solange man ihn hat und führt — verpflichtet. Selbst wenn er bereits fast nationalaliberal verwestert ist! Wie meinet, es liegt im eigenen Interesse der demokratischen Partei, wenigstens in Sachen der linksorientierten Koalition zuverlässig zu bleiben. Müßt sie sich aus schlecht berechneten Gründen, des vermeintlichen Vorteils wegen ins Schleppziehen der Deutschen Volkspartei und der Landbündler nehmen, dann können wir ihr heute schon voraussetzen, daß bei der nächsten Wahl ein Zweifler ausrechen wird, um ihre Abgeordneten in den Landtag zu befördern. Die Drohsche, in der die Herrschaften bisher aufgeführt, können sie dann verkaufen.

#### Die deutsche Notgemeinschaft in Baden

Die Presseabteilung der Bad. Regierung teilt mit: Freitag vormittag wurde im Arbeitsministerium die deutsche Notgemeinschaft in Baden gegründet. Die Verantwortung über die Organisation der Notgemeinschaft, an der Vertreter der großen Städte, der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie der freien Wohlfahrtsvereine teilnahmen, wurde dem Arbeitsminister Dr. Engler übertragen. Die Beratungen, die wegen dringender Verhältnisse des Arbeitsministeriums von Landeskommissar Dr. G. P. H. Mannheimer geleitet wurden, schlossen sich an ein von Frau Oberregierungsrat Dr. Baumgarten geleitetes Referat über die allgemeinen Grundzüge der deutschen Notgemeinschaft an, über den vom Arbeitsministerium ausgearbeiteten Organisationsplan für Baden an. Darnach sollen, was den Aufbau der Organisation angeht, Ausschüsse der deutschen Notgemeinschaft in den 11 Städten unter Vorbehalt der Oberbürgermeister und in den Amtsbezirken unter Vorbehalt der Amtsvorstände errichtet werden. Von der Bildung eines Landesauschusses wird abgesehen. In der Zusammensetzung sollen alle produktiven Gewerbetreibenden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie die freien Wohlfahrtsvereine und die Kreise vertreten sein. Die Durchführung der Sammlung wird nach folgenden Gesichtspunkten in die Wege geleitet werden: Neben der Zeichnung von Geldbeträgen sollen namentlich für die Deime der öffentlichen und privaten Wohlfahrtsvereine auch Lebensmittel, Kleider und Schuhwerk gesammelt werden. Innerhalb der Bezirke wird die Sammlung zentralisiert durchzuführen sein. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die gleichen Landbezirke nicht von mehreren Ortsauschüssen in Anspruch genommen werden, und daß auch im Hinblick der Verbilligung der Transportkosten Orts- und Bezirksauschüsse in enger Fühlung zusammenarbeiten. Die Sammelerlaubnis ist generell geregelt. Das Ministerium des Innern hat der Deutschen Notgemeinschaft die Genehmigung zu einer Sammlung von Geld und anderen Unterhaltungsgegenständen jeder Art, ausgenommen Sammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, bis zum 31. Dezember d. J. erteilt. Hinsichtlich der Verwendung der Mittel wird maßgebend sein, daß die Sammlung allein nicht mehr im Erwerbsebenen stehenden bedürftigen Volksgenossen sowie solchen Personen zuzumitteln, die aus dem Ertrag ihrer Arbeit ihren Lebensunterhalt nicht mehr zu bestreiten vermögen. Bei der Verteilung werden die Ausschüsse Vertreter der Rentner- und Sozialrentnerorganisationen, der antil. Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge usw. zuziehen. Unter Umständen können auch Weisungen für Einrichtungen zur Verringerung der Not (Speisehallen, Wärmestuben usw.) gewährt werden.

An der eingehenden Aufsicht zeigte sich volle Uebereinstimmung über diese allgemeine Richtlinien, insbesondere wurde der Grundsatz der Dezentralisation bekräftigt. Bei der Durchführung der Einzelfragen wurde zunächst verlangt, daß die bereits eingeleiteten Hilfsaktionen der landw. Verbände in die deutsche Notgemeinschaft organisatorisch einbezogen werden könnten. Auch das Verzicht auf eine Zusammenfassung der Arbeit in einem Landesauschuss wurde die Errichtung einer zentralen Sammel- und Ausschussstelle im Arbeitsministerium empfohlen, um etwa in einzelnen Bezirken überschüssige Spenden, vor allem in Naturarten einer planvollen Verwendung zuzuführen.

Der Anregung, den vom Ministerium des Innern festgesetzten Zeitraum für die Sammlung zu verlängern, wurde von dem Vertreter dieses Ministeriums, Ministerialrat Krüper, die Berücksichtigung zugesagt. Ganz besondere Beachtung kommt der Verprechung der Frage einer Wohlfahrtsüberbrücke zu. Die Vertreter der Landesorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsbundes haben übereinstimmend Erklärungen abgegeben, die die örtlichen gewerkschaftlichen Organisationen angewiesen werden, die Leistung einer Ueberbrücke oder des Bezugs auf den Verdienst einer Arbeitsstelle für die Deutsche Notgemeinschaft unter der Bedingung gleichzeitiger Leistung auf Arbeitsebene durch Verbeiführung entsprechender Verhältnisse in den Betriebsversammlungen in die Wege zu leiten. Diese Wohlfahrtsüberbrücke könne jedoch nur da in Betracht kommen, wo keine Arbeitsverpflichtung bestehe. Im letzteren Fall sei eine freiwillige Sammlung unter der Arbeiterkassette angelegt. Nach gründlicher Beratung der für den Erfolg der Notgemeinschaft entscheidend wichtigen Frage kam man dahin überein, die näheren Bedingungen für die einheitliche Durchführung der Wohlfahrtsüberbrücke in einer alsbald einberufenen Konferenz der Spitzenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Arbeitsministerium festzulegen.

Die Verprechung kann nach ihrem Verlauf und ihrem Ergebnis in hohen Maße die Ueberzeugung befestigen, daß es gelungen wird, mittels eines zweckmäßigen Aufbaues der Deutschen Notgemeinschaft unter der Voraussetzung weitestgehender Opferbereitschaft alle erwerbsfähigen Kreise auch in Baden der schlimmsten Not der sozialen Kleinrentner und der sonstigen Bedürftigen im bevorstehenden Winter Herr zu werden.

#### Die neuen Postgebühren

Die wesentlichen Gebühren, die vom 15. November 1922 an im Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr und vom 1. Dezember 1922 ab im Fernsprecheverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

- Postkarten im Ortsverkehr 3 M., im Fernverkehr 6 M.
- Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr. 4 M., über 20 bis 100 Gr. 8 M., über 100 bis 250 Gr. 12 M., Briefe im Fernverkehr bis 20 Gr. 12 M., über 20 bis 100 Gr. 16 M., 100 bis 250 Gr. 20 M. (für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Höchstbetrags, mindestens aber ein Betrag von 50 Pf., nachgehoben).
- Drucksachen bis 25 Gr. 2 M., über 25 bis 50 Gr. 3 M., über 50 bis 100 Gr. 6 M., über 100 bis 250 Gr. 12 M., über 250 bis 500 Gr. 16 M., über 500 Gr. bis 1 Kg. 20 M.
- Anschlagskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Schriftzeichen mit höchstens fünf Werten niedergezeichnet sind, 2 M. (Anschlagskarten die weitestgehend schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkartengebühr).
- Geldschleppbriefe und Mitteilungen bis 250 Gr. 12 M., über 250 bis 500 Gr. 16 M., über 500 Gr. bis 1 Kg. 20 M.
- Warenproben bis 250 Gr. 12 M., über 250 bis 500 Gr. 16 M.; Päckchen bis 1 Kg. 24 M.
- Palette: Maßzone bis 5 Kg. 60 M., über 5 bis 6 Kg. 72 M., über 6 bis 7 Kg. 84 M., über 7 bis 8 Kg. 96 M., über 8 bis 9 Kg. 108 M., über 9 bis 10 Kg. 120 M., über 10 bis 11 Kg. 144 M., über 11 bis 12 Kg. 168 M., über 12 bis 13 Kg. 192 M., über 13 bis 14 Kg. 216 M., über 14 bis 15 Kg. 240 M., über 15 bis 16 Kg. 264 M., über 16 bis 17 Kg. 288 M., über 17 bis 18 Kg. 312 M., über 18 bis 19 Kg. 336 M., über 19 bis 20 Kg. 360 M. In der Zone bis zum Doppelte des Tarifs wie in der Maßzone.
- Seilungsgebühren bis 50 M., Fernzone 60 M.
- Wertpapiere (Wertbriefe und Wertpapiere) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgeld, die beträgt für je 1000 M. 6 M., mindestens bei einer Sendung 10 M.
- Postanweisungen bis 50 M. 6 M., über 50 bis 200 M. 10 M., über 200 bis 500 M. 16 M., über 500 bis 1000 M. 20 M., über 1000 bis 2000 M. 24 M., über 2000 bis 5000 M. 30 M., über 5000 bis 10000 M. 40 M. (Reisbetrag ist von 5000 M. auf 10000 M. erhöht).

Die Einschreibgebühr ist auf 8 M., die Vorzeichengebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 6 M. festgesetzt. Für die Gelbbestellung sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Dreifachsendung: nach dem Ortsbestellbezirk 15 M., nach dem Landbestellbezirk 45 M.; für Pakete 30 M. bezw. 60 M.

Schiffkarten bis 50 M. einseif. 3 M., über 50 bis 200 M. 5 M., über 200 bis 500 M. 8 M., über 500 bis 1000 M. 10 M., über 1000 bis 2000 M. 12 M., über 2000 bis 5000 M. 15 M., über 5000 bis 20000 M. 20 M., für je weitere 10000 M. oder einen Teil dieser Summe mehr 10 M.

Im Fernsprecheverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme Grundgebühr 20 M. und außerdem für jedes Wort 10 M., Ortstelegramme Grundgebühr 10 M. und außerdem für jedes Wort 5 M.; für Zustellung bei ungenügender Anschrift 16 M.

Die Auslandsgebühren betragen vom 15. November 1922 ab: für Postkarten 24 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 18 M.; für Briefe bis 20 Gr. 40 M., jede weiteren 20 Gr. 20 M. (Weisungsbetrag 2 M.); Geldschleppbriefe für je 50 Gr. 8 M., mindestens 40 M.; Warenproben für je 50 Gr. 8 M., mindestens 16 M.

Die Fernsprechegebühren nach dem Fernsprechegebühren-Gesetz vom 11. Juli 1921 und der Fernsprecheordnung vom 25. August 1921 werden vom 1. Dezember an um 1300 v. S. erhöht. Die Verrechnungssätze in voraus fälligen laufenden Gebühren (z. B. die Grundgebühren für Hauptanschlüsse, außerdem die in der Fernsprecheordnung festgesetzten Gebühren für Nebenanschlüsse, Querverbindungen, Anschlußkosten und Zusatzleistungen, die Zuschläge für Leistungsstörungen außerhalb des Fernsprechebereiches) werden jedoch erst vom 1. Januar 1923 an mit dem höheren Fußsatz belegt. Vom 1. Dezember an werden u. a. erhöht die Einrichtungsgebühren, die Orts- und die Fernsprechegebühren. Darnach beträgt die Grundgebühr für die Ueberleitung und Unterhaltung eines Hauptanschlusses (ohne Zuschläge und ohne Gesprächsgebühren) vom 1. Januar 1923 an: in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 Hauptanschlüssen 5320 M., in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 bis einseif. 100 Hauptanschlüssen 5880 M., 100 bis einseif. 500 Hauptanschlüssen 6440 M., 500 bis einseif. 1000 Hauptanschlüssen 7000 M., 1000 bis einseif. 5000 Hauptanschlüssen 7840 M., 5000 bis einseif. 10000 Hauptanschlüssen 8400 M., 10000 bis einseif. 50000 Hauptanschlüssen 8960 M. usw.

Die Gebühr für ein Ortsgespräch beträgt vom 1. Dezember 1922 an von einer Teilnehmerstelle aus 3.50 M. für die Benutzung von Fernleitungen ist vom 1. Dezember 1922 an zu zahlen: für ein Gespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 5 Km. einseif. 3.50 M., von mehr als 5 bis 15 Km. 10.50 M., von mehr als 15 bis 25 Km. 17.50 M., von mehr als 25 bis 50 Km. 28 M., von mehr als 50 bis 100 Km. 42 M., über 100 Km. für jede angefallenen weiteren 100 Km. 21 M. mehr. Bei öffentlichen Gesprächsstellen beträgt vom 1. Dezember 1922 an die Gebühr für ein Gespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer im Ortsverkehr und im Fernverkehr auf Entfernungen von nicht mehr als 5 Km. 7 M.

#### Was ist möglich?

Diese Frage stellte Herr v. Gwinner, Direktor der deutschen Bank und beantwortete sie im „Berliner Tagebl.“ u. a. wie folgt: Die brennende Frage: was ist möglich, um Deutschland aus seiner verzweifeltsten Lage zu befreien und in den Stand zu setzen, eine weitere Kriegsentfesselung zu bezagen?

Antwort hat das Verdict nach allen gewendet und zählt in der Weltwirtschaft nicht mehr mit; das ist schlimm genug. Der ganze liberale Osten und Südosten Europas spielt im Weltverkehr keine Rolle mehr; das ist schlimmer. Aber am schlimmsten verhängnisvoller für Europa und die ganze Welt, ist Deutschlands Zustand; denn das Deutsche Reich war einer der drei Pfeiler der Weltwirtschaft; fällt dieser Pfeiler, so bleiben nur die Ruinen überal.

Durch Eliminierung des Unmöglichen will ich versuchen, die Frage zu beantworten: Was ist möglich?

Erstens: Unmöglich ist eine Fortdauer der Besetzung unserer Rheinprovinzen, wenn Deutschland überhaupt irgend etwas leisten soll.

Also gebt doch durch Verträge, oder einen wirklichen Völkervertrag, oder wie immer, Frankreich die Sicherheit, daß niemand es angreifen wird! Oder besser: gebt auch Deutschland solche Sicherheit! Wenn Frankreich aber so weiter wirtschaftet, „es müßte doch zugrunde gehen“, selbst wenn Deutschland alles zahlen könnte.

Das Aufheben der Besetzung unserer Rheinlande würde Deutschland auch wieder eine geschlossene Zollgrenze geben. Die offene Grenze von Basel bis Wesel genügt für sich allein, um Deutschland und damit den ganzen Kontinent, was davon noch übrig ist, wirtschaftlich zu ruinieren.

Zweitens: Es ist undenkbar, daß Deutschland auch nur die feitherigen Überlässe noch viel länger aushält. Die Kohlenlieferungen — 20 Millionen Tonnen zu 30 Schilling, gleich 600 Millionen Goldmark, gleich 800 000 Millionen Papiermark jährlich, bringen für sich allein Deutschlands Volkswirtschaft zu gewaltigem Ende.

Deutschland hat sechs seiner reichsten Provinzen verloren, Oberschlesien und das Saarland, Elsaß-Lothringen, Polen, Westpreußen; ein Drittel seiner Kohlenbasis, drei Viertel seiner Eisen- und Stahlwerke, zwei Drittel seiner Schiffen, seine Handelsflotte, seine ausländischen Anlagen, seine Kolonien. Es hat im Weltverkehr weit über ein Drittel seines Volkvermögens geopfert. Wir können unsere Bevölkerung nicht mehr unterhalten, es fehlt an Kleidung, an Nahrung, an allem. Wenn wir durch Reparationen, Missionen, Kommissionen und ein Befehlshaber, das mehr kostet als Meer und Flotte zusammen im Frieden, so weiter bebrüllt, ausgeblutet und gepeinigt werden, so muß der gewaltige deutsche Dampfkegel so sicher zerplatzen, wie das zerfallende Zeitalter, das die ungarischen und österreichischen Staatsmänner in ihrer Beschränktheit so fest verschraubt hatten, daß es explodieren mußte.

Drittens: Wir brauchen eine Atempause von mehreren Jahren, in der alle Einlagen von Geld und Gut aufhören. Deutschlands Ausfuhr ist von jetzt an vier Goldmillarden gefallen, die Zahlungsbilanz ist schwer passiv. Wir brauchen Brot, nach einer schlechten Ernte, 2 1/2 Millionen Tonnen mindestens, die wir zum Weltmarktpreis von 7 1/2 Pfund Sterling je Tonne für 375 Millionen Goldmark, das sind über 500 000 Millionen Papiermark, kaufen müssen. Ihr werdet uns bald helfen müssen, wie ihr den Weltverkehr stützen müßt. Kommt zu Sinnen, solange es Zeit ist!

Wenn aber die Welt zu Verstande kommt, so ist noch Rettung möglich. Eine kleine Anleihe allein kann Deutschland nur überleben helfen, aber nicht für dauernd, so wenig wie Kompensationsleistungen einem Sterbenden.

Sind erst die Unmöglichkeitkeiten beseitigt, dann kann über Währungsreform verhandelt werden. Was einem Volk genommen werden kann, das alles haben wir hingegeben. Auch der Elend muß ernährt werden, ehe der Herr den Ertrag der Sklavenarbeit genießen kann.

Deutschland kann nach einer Atempause einen erheblichen Teil des Ueberflusses seiner Ausfuhr bezahlen. Auf dem Wege einer internationalen oder garantierenden Anleihe, die zunächst nirgendwo emittiert zu werden braucht, läßt sich eine Lösung noch finden.

#### Bewerkschaftliches

##### Landesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes

Wie uns mitgeteilt wird, wurde ausgangs vorigen Monats ein vorläufiger Landesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes gebildet. Die Geschäftsstelle befindet sich in Karlsruhe, Hauptstr. 26. Dem A.D.B. sind bis jetzt angehörende Reichsverband Eisenbahnerverband — Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter, Arbeitsgemeinschaft der Post und Telegraphenbeamten, Bund der techn. Angestellten und Beamten, Hauptfachgruppe Behörden, Deutscher Werkmeisterverband, Beamtenschaft, Reichsverband der Verwaltungsbeamten, Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten, Sektion Beamte der staatlichen und kommunalen Banken, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Beamtenschaft.

Heute Samstag, den 11. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet im Saal zum „Elefanten“ in Neckstr. eine öffentliche Versammlung statt, in welcher das Vorstandsmittglied Dr. Böllner über die Verfassung, und Reichsverband der Beamten und die Stellung des A.D.B. sprechen wird.

#### Aus der Partei

Anielingen. Sonntag nachmittag 3 Uhr findet in der „Kanne“ eine Wählerversammlung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, für einen guten Besuch zu agieren.

\* Oppenau, 11. Nov. Morgen Sonntag vormittag 11 Uhr findet im Bürgeraal im Rathaus eine öffentliche Versammlung statt, in der Bürgermeister Gen. Bücker, Oppenau über die bevorstehenden Gemeindefragen sprechen wird. Die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung, Männer und Frauen, ist zu dieser Versammlung eingeladen.

Wiesbaden, 11. Nov. Sonntag, 12. Nov., nachm. 2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Höfle“ eine öffentliche Wählerversammlung statt. Gen. Bücker, Wiesbaden, über die bevorstehenden Gemeindefragen sprechen wird. Die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung, Männer und Frauen, ist zu dieser Versammlung eingeladen.

#### Ihr Vorteil

liegt im Einkauf! Verlangen Sie daher nur „Wido“ (Terpentinöl), die parfümierte und daher billigste Schwebelampe. Kleiniger Fabrikant: Widovert Schwenningen a. N.



... Rührpurr. Die Oberlehrerstelle an der hiesigen Volkshochschule wurde seit Anfang dieses Jahres provisorisch verwaltet. Wie nun aus dem Stadtratsbericht hervorgeht, ist Herr Hauptlehrer W. Steinhauser zum Oberlehrer für die Rührpurr-Volkshochschule ernannt worden.

Neuer „Klub des Antisemitismus“ spricht heute abend Reichstagsabg. Schöpslin in einer von der „Antisemitischen Sozialistischen Partei“ „Reichs-Verein“ Karlsruhe einberufenen Versammlung im großen Rathsaussaal. Zu dem Vortrag, der um 8 Uhr beginnt, ist jedermann eingeladen.

Die Ausstellung von Kunstwerken aus Karlsruhe Privatbesitz wird am Montag, den 13. November, endgültig geschlossen. Es bietet sich also am kommenden Sonntag zum letzten Mal Gelegenheit, das vielseitige und interessante Material des Karlsruher privaten Kunstbesitzes zu sehen.

Der Verkehr im hiesigen Hauptbahnhof. Die hiesigen Bahnhöfe, die an den Bahnhöfen ihre Fahrkarten lösen, klagen darüber, daß sie an verkehrsreichen Tagen unendlich lange auf Befreiung warten müssen. Demgegenüber teilt das hiesige Stationsamt auf eine Anfrage des Verkehrsvereins mit, daß es alle Maßnahmen getroffen habe, um den stärksten Verkehr an den Bahnhöfen glatt abzuwickeln. Das Publikum sei aber in vielen Fällen an Verzögerungen selbst schuld, vor allem dadurch, daß es für kleinere Fahrgeldbeiträge Scheine von 100 M., 500 M., 1000 M. und sogar 10 000 M. zu Zahlung angeboten würden. Durch das Wechseln und das Klärfragen bei Reisenden nach Kleingeld entstehen nicht zu umgebende Störungen, für welche die Bahnverwaltung nicht verantwortlich zu machen sei. Weitere Verzögerungen für die Reisenden entstehen dadurch, daß das Publikum nicht sofort an den richtigen Schaltern Auffstellung nehme. — Im übrigen bietet das Reisebüro des Verkehrsvereins allen reisenden Personen Gelegenheit, ihre Fahrkarten und Fahrscheine (W&M-Fahrscheine) nach jeder Richtung und nach dem Auslande dort, Kaiserstr. 158, gegenüber der Hauptpost, schon 4 Tage vor der Reise in Ruhe zu lösen.

Winternothilfe Karlsruhe. Die ersten Spenden. Erfreulicher Weise haben schon die nachgenannten Personen und Firmen Spenden für die Winternothilfe gesendet, so daß gute Aussichten auf das Gelingen des großen Werkes besteht. Einmalige Beiträge: Bankhaus Strauß u. Co. 1 000 000 M., Firma Sinner 1 000 000 M., Firma Juchs u. Söhne 100 000 M., Firma J. C. Linger 100 000 M., Firma Pannhus u. Co. 100 000 M., Firma Brodacher u. Co. 100 000 M., Badische Bank 100 000 M., Konjul Regenburger 100 000 M., Firma Raab Karlsruher u. Cie. 100 000 M. und 50 Tonnen Kohlen = 800 000 M., Oberbürgermeister Dr. Winter 10 000 M., Firma Junler u. Rüh 200 000 M. (vorbehaltlich gleicher Beteiligung der Arbeiter.). — Monatliche Beiträge: für die Dauer von 6 Monaten haben zugesagt: Maschinenbau-Gesellschaft 100 000 M., Firma Haib u. Neu 100 000 M., Firma Wolff u. Sohn 50 000 M., Firma Klau u. Co. und Firma Louis S. Stern u. Co. 50 000 M., Firma Behm. Knopf 25 000 M., Röhrlsche Holzfabrik 10 000 M., Firma Schärer u. Co. 10 000 M., Firma Menginger-Hendel 5000 M., Brauereidirektor Paul Moninger 5000 M. — Eine größere Reihe obiger Firmen hat sich die Erhöhung ihrer Zeichnungen vorbehalten. Gesamtbeitrag bis jetzt 5 940 000 M.

Was ausländische Zeitungen kosten. Die geringe der Preis der deutschen Zeitungen im Verhältnis zu dem der ausländischen Zeitungen ist, sieht man an den Preisen der amtlichen Zeitungspreisliste der Reichspost. Für das vierte Vierteljahr 1922 kosten die „Deutsche Nachrichten“ 3918 M., der „Berliner Rund“ 3408 M. und die „Neue Züricher Zeitung“ 3384 M. Erheblich teurer noch sind die holländischen Zeitungen; so kostet das „Algemeen Handelsblad“, Amsterd., 5547 M. Von den Zeitungen in der Tschechoslowakei kosten das „Prager Tagblatt“ 2598 M. und die deutsche Zeitung „Bohemia“ 2118 M. Ansehnliche Beträge erfordert auch ein Vierteljahresabonnement auf englische Zeitungen. Der „Daily Herald“ kostet vierteljährlich 2929 M., der „Manchester Guardian“ 9099 M. Noch erheblich teurer sind Nachrichten, insbesondere Handelszeitungen. Das holländische „Nieuw Amsterdamsche Effectenblad“ kostet im Vierteljahr nicht weniger als 29 874 M. Das „Neue Wiener Journal“ kostet 32 500 Kronen im Monat. Ausländische illustrierte Zeitungen im Range der Reichspost „Illustrierten Zeitung“ kosten 7500 bis 8000 M. im Vierteljahr.

Städtische Winterkonzerte in der Festhalle. Nach kurzer Pause in der Durchführung der städtischen Konzerte beginnt nunmehr am Sonntag, dem 12. November d. J., die Winterkonzertzeit in der Festhalle. Das erste Konzert findet nachmittags von 4 1/2 bis 6 1/2 Uhr unter dem Motto „Aus fränkischen Tälern“ statt. Hierfür sind bewährte und beliebte Künstler gewonnen worden, die ein gutes Gelingen dieses Konzertes verbürgen. Soloplayer Paul Müller vom Badischen Landesballet, ein Liebhaber der Festhallenmusik, wird mitwirken, weiterhin Frau Olga Mertens-Leger, die Solotänzerin am Badischen Landesballet, die keine glückliche Schülerin der Frau Mertens, der Heddy Porcia und Herr Willi Eder. Den musikalischen Rahmen zu diesem Künstlerquartett schafft die Darmstadtcapelle. Diesem ersten Festhallenkonzert folgt am Sonntag, dem 19. d. Mts., nachmittags von 4 bis 6 1/2 Uhr, ein „Festlicher Nachmittags“. Sonntag, den 8. Dezember d. J., ist ein „Operetten-Nachmittags“ vorgesehen. Die gegenüber dem letzten Jahre veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen allerdings die Stadterwaltung in diesem Winter andere, wesentlich erhöhte Eintrittspreise für diese Konzerte zu fordern, wenn sie überhaupt lebensfähig sein sollen. Bei dem Verlassen der Stadt aber, den Festhallenbesuchern künstlerische Veranstaltungen zu bieten, wird man diesem Umstände Verhältnismäßig entgegenkommen. Von dem Besuche der ersten Konzerte wird es abhängen, ob sie überhaupt beibehalten und mit Erfolg durchgeführt werden können.

Martini im Volksglauben. Der Martini, der 11. November, gilt im Volksglauben als ein bedeutungsvoller Tag, und zwar ebenso in meteorologischer wie in landwirtschaftlicher Hinsicht. Nach dem Verhalten dieses Tages richtet sich der kommende Winter. An Martini-Sonnenchein, tritt ein kalter Winter ein. Wenn am Martini Nebel sind, wird der Winter gelind. Wollten am Martini, der Winter unbeständig werden mag. Vor allem gilt der 11. November als der Scherbringer: St. Martini reitet gern auf weißem Pferd, sagt der Volksmund. Sehr guttunend heißt es weiter: An St. Martini kauft es aus dem Kamin, d. h. nun ist es schon so kalt, daß man die Zimmer heizen muß. Daher wird auch dem Landwirt der Rat gegeben: Am Martini bring die Kuh in den Stall, was aber in diesem nächsten und kalten Herbst bereits schon früher geschehen sein dürfte. Jetzt ist auch die Zeit gekommen, die Gänge feil zu machen und die erste Heurige getrunken werden kann: Bei fetter Gans

und Saft der Neben, läßt uns den Heiligen Martini leben. Eine recht freundliche Aufforderung, der aber in den heutigen Zeiten sicherlich nur wenige Glückliche nachkommen können.

**Baluta-Bericht vom 10. November**

Die Marktnotierte heute in der Schweiz girte 0,07 St. Auszahlung Holland notierte etwa 3000 M. per holl. Gulden. Schweiz notierte etwa 1400 M. per schw. Fr. England notierte etwa 34 250 M. per holl. St. Frankreich notierte etwa 497 1/2 per frz. Fr. Neuyork notierte etwa 7675 M. per Dollar.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 11. November**

Vorausichtliche Witterung: Heute meist trüb und erneut Regenfälle, vorübergehend windig. Am Sonntag wolfig, doch zeitweise aufhellend, keine wesentliche Temperaturänderung.

**Wasserverstand des Rheins**

Magau 572, gest. 3; Mannheim 529, gest. 9 Zentimeter.

**Scheidemann**  
Reichstagsabgeordneter und Oberbürgermeister in Cassel, spricht am Freitag, den 17. Novbr., abends 8 Uhr, im grossen Festhallsaal in Karlsruhe.

**Jugend und Sport**

Fußball. Das Spiel am Sonntag, den 12. Nov., Aue — Grünwinkel findet nicht, wie beabsichtigt, in Stein statt, sondern wird in Karlsruhe auf dem Platz der Freien Turnerschaft ausgetragen. Das Spiel am Sonntag Wöllingen — Dieboldheim fällt aus. Termin für dieses Spiel wird noch bekannt gegeben. Ju der am Sonntag, den 12. Nov., vormittags 10 Uhr in Karlsruhe, Wirtschaft z. „Reinhold“, stattfindenden Kreisauswahlversammlung haben nachstehende Vereine je einen Vertreter auf eigene Kosten zu entsenden: A.S. Sportverein Durlach, F.C. Grünwinkel, A.S. Langenscheidt, Freie Turnerschaft Ettlingen.

Am Sonntag, den 19. Nov., herrscht für den ganzen Bezirk Spielverbot.

**Kleine badische Chronik**

Dachsenheim, 10. Nov. Der Fuhrmann, der vor einigen Tagen die Müllschiffe mit den Fischen auf offener Straße hinführen ließ und mit 10 000 M. Rechnungsgeldern durchbrannte, konnte in Bamberg festgenommen werden.

Mannheim, 10. Nov. Der 47 Jahre alte verheiratete Arbeiter Josef Haas wurde von einer Lokomotive überfahren und sofort getötet. — Ein 72 Jahre alter Kaufmann sprang heute früh aus dem Fenster seiner im 5. Stock gelegenen Wohnung auf die Straße und war sofort tot.

Seibersheim, 10. Nov. Im hiesigen Hauptbahnhof kam es gestern abend zu schweren Ausschreitungen. Vier Arbeiter aus Neckenheim überschritten unbedachtweise die Bahnübergänge. Als ein Polizeibeamter gegen sie einschritt, wurde er überfallen und erhielt einen Bauchstich. Schmer verlegt wurde er ins Krankenhaus verbracht. Die vier Arbeiter wurden verhaftet. — Festgenommen wurden drei jugendliche Personen wegen Diebstahls von Lebensmitteln im Werte von 20 000 M.

Mannheim, 10. Nov. In der Nacht zum Dienstag wurden aus dem Wagen eines Mannheimer Zudeckhändlers Zudeckwaren im Werte von 80 000 M. gestohlen. Die Gendarmerei stellte fest, daß der Diebstahl von drei jugendlichen Furchen von hier verübt worden war. Einer der Furchen konnte festgenommen werden, das zweite entflohen. Der jüngste der Täter ist 15 Jahre alt.

Konstanz, 10. Nov. Gegen den Schmuggel. Es ist in der letzten Zeit wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Schmuggel lebensnotwendiger Waren angeht für die Schweizer zu günstigen Verhältnissen in verpackten Paketen auftritt. Um nun den Kampf gegen die unerlaubte Ausfuhr in verpackter Weise aufnehmen zu können, haben sich die Staatsanwaltschaften von Ulm, Waldshut und Konstanz zu einem einheitlichen, planmäßigen Vorgehen entschlossen. Die Verhaftungen sollen ganz bedeutend verstärkt und zu diesem Zweck höhere Geldstrafen beantragt und in besonders schweren Fällen mit Festnahme und Gefängnisstrafen vorgegangen werden, falls nicht die Hinterlegung des fünfjährigen Bogenfahres zur Deckung geleistet werden kann. Wird der tatsächliche Wert des Gegenstandes mit einer falschen Summe angegeben, so soll die Strafe bis zum 10fachen Betrag des eigentlichen Wertes erhöht werden. Im übrigen wird die Ware in allen Fällen für verfallen erklärt.

Aus dem Oberland, 10. Nov. Neuzeitliche Pachtpreise. Das Vertrauen, die Pachtpreise der stehenden Gebührensatz anzuheben, wird durch eine geliche Entscheidung Naturkosten zu fordern, wird durch einzelne neue Fälle bereichert. Ein Fabrikant in Waldkirch stellt an einen Pächter in der Gemeinde Wasser (Bez. Emmendingen) für eine 45 Ar große Wiese die Forderung von einem jährlichen Pachtpreis von vier Doppelgäntner Weizen oder 86 Pfund Butter. — Eine Verwaltung verlangt für ein Grundstück in Wersgau bei Freiburg, das bisher 850 M. Pacht eintrug, jetzt 18 000 M. und sechs Zentner Obst. — Ein Kirchenfond in Freiburg berechnete für eine Wiese deren Pachtpreis nach im vorigen Jahre 23 M. war, nunmehr 26 000 M. Pacht. Das ansehnliche Pachtpreissteigen entschied in diesem Falle zugunsten des Verpächters. — In einem anderen Falle legte das Pachtpreisamt den verlangten Pachtpreis von 34 000 M. auf 25 000 M. herab, dabei wurde ein Pachtpreis von 1000 M. pro Zentner und der Jahresertrag der Wiese in Berechnung gezogen. — Die angeführten Pachtpreise beziehen sich auf das laufende Jahr 1922. Was mag

da erst für das nächste Jahr an Pacht in Anrechnung gebracht werden?

Pachtpreise im besetzten Gebiet. Bei Reisen in das besetzte Gebiet muß man sich vergegenwärtigen, daß man seinen Pacht bei sich hat. Nach einer Mitteilung der Interalliierten Rheinlandkommission an den Reichskommissar finden zwar neuerdings wegen Pachtpreisen keine Festnahmen mehr statt, jedoch die in Frage kommenden Personen nachweisen können, daß sie im besetzten Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Mit einer Geldstrafe werden sie für ihre Nachlässigkeit immer rechnen müssen. Bei Pachtpreisen bei mittellosen Personen aus dem unbesetzten Deutschland, dem Ausland oder durch Personen ohne festen Wohnsitz ist die Festnahme nach wie vor zu gewärtigen.

**Kleine Nachrichten**

Medenheim. Auf der Straße Weidesheim—Medenheim—Ruppertsberg verlor ein Einwohner aus Weidesheim das dazugehörige vereinnahmte Maßgeld im Betrage von 437 000 M., worunter sich 85 Stück 10 000 Markscheine befinden.

Berlin. Gestern kam es laut Blättermeldung in dem Kölnener Industrieort Kall zur Plünderung von Lebensmittelgeschäften. Es wurden Fenstersteinen von Löden zertrümmert und die ausgestellten Waren geraubt. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge, welche die großen Verkehrsstraßen durchzog, wurde schließlich durch ein hartes Aufgebot berittener Polizei gestreut.

**Lechte Nachrichten**

**Der Engländer Bradbury über die Situation**

Der englische Delegierte der Reparationskommission, Sir Bradbury, äußerte sich zu einem Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ über seine Eindrücke in Berlin etwa folgendermaßen:

Wir alle haben von dem Gräu der Lage einen sehr starken Eindruck empfangen, und wir sind der Meinung, daß, wenn die Katastrophe vermieden werden soll, unmittelbare Schritte nötig sind, um die Welt zu stabilisieren und binnen einer angemessenen Frist den Ausbruch des Staatsbankrotts herzustellen sowie ein weiteres Anwachsen der schwebenden Schuld zu verhindern. Was die zu ergreifenden Maßnahmen betrifft, so muß ich zugeben, daß hinsichtlich der Frage eines genau gefaßten Planes für die Stabilisierung der Welt das Ergebnis unseres Besuchs einigermaßen enttäuschend war. Es scheint mir notwendig, daß die Initiative von der Regierung ergriffen werden muß. Schließlich ist es doch die deutsche Regierung, die den Plan in Bewegung setzen muß, und weder die Reparationskommission noch eine Bankierkonferenz, noch eine internationale Finanzkonferenz kann als hilfreiche Her austreten.

Ich verstehe die Schwierigkeiten der deutschen Regierung in Bezug auf einen endgültigen Plan nicht, und ich verstehe auch, wie schwierig es ist, von der Reparationskommission beim den alliierten Regierungen diejenigen Zustände zu fordern, die unbedingt notwendig sind, wenn ein solcher Plan ausführbar sein soll. Wenn nicht ein Plan formuliert ist und die unerlässlichen Vorbereitungen freiwillig gefordert werden, sehe ich nicht, wie es möglich sein soll, einen Fortschritt zu machen. Die deutsche Regierung muß sich darüber klar werden, welche Zugeständnisse zur Durchführung eines Planes unerlässlich sind, und sodann müssen wir als Vertreter der Alliierten Deutschlands daran Kritik üben. Es ist zu hoffen, daß es dann möglich sein wird, sich auf einer befriedigenden Basis zu einigen. Es ist nicht unsere Sache, Zugeständnisse anzubieten. Wir sind die Vertreter der Alliierten Deutschlands und müssen die besten Bedingungen herauszufinden. Dabei müssen wir selbstverständlich bestrebt sein, die Substanz des Schuldvertrages zu bewahren. Wir werden die Vorschläge Deutschlands sehr genau unteruchen, wenn wir nach Paris zurückgekehrt sind, und werden alle weiteren Vorschläge, die Deutschland uns noch machen wird, sehr genau in Betracht ziehen. Wir wollen zu weiteren Vorschlägen die Tür offen lassen.

**Bedrohung unserer Volksgeundheit durch die wachsende Kohlennot**

In der Sitzung, die am 7. November zwischen den Mitgliedern der Reparationskommission und Vertretern der deutschen Regierung stattfand und in der die Erörterung der deutschen Kohlenlieferungen an die Entente zur Erörterung stand, gab auch der Geh. Ober-Med.-Rat Dr. Krohne vom preussischen Wohlfahrtsministerium Erklärungen ab über die ernste Bedrohung der deutschen Volksgeundheit durch die wachsende Kohlennot. In Hand der Statistik wies, wie die P.P.M. hören, Geh. Rat Krohne nach, daß die Sterblichkeit, die sich nach dem Kriege infolge besserer Ernährung unseres Volkes allmählich wieder vermindert hatte, neuerdings wieder ansteige und daß die vermehrte Sterblichkeit in der Hauptfrage auf eine bedeutende Vermehrung der Erkrankungen und Todesfälle an Erkältungen zurückzuführen sei. Er betonte deshalb, daß es eigentlich erforderlich sei, unserem Volke, namentlich den unbedeutenden Volksschichten im kommenden Winter mehr Kohlen zu liefern als bisher möglich war, um ein weiteres Ansteigen der Erkältungskrankheiten zu verhüten. Dies sei umso mehr erforderlich, als gerade infolge der zunehmenden, enormen Teuerung unserer Lebensmittel weite Schichten unseres Volkes beispielsweise nicht mehr in der Lage wären, sich den täglichen, notwendigen Bedarf an Fett zuzuführen. Gerade ein mangelhafter Fett ernährter Mensch habe aber ein erhöhtes Wärmebedürfnis und sei deshalb Erkältungen in besonderer Maße ausgesetzt.

Unter diesen Umständen würde eine Verbesserung von Kohlen an die Entente unabsehbare gesundheitliche Gefahren mit sich bringen. Wenn die Entente von uns künftig 5 Millionen Zentner Kohle monatlich mehr verlange und erhalte, so müßte das die Wirkung haben, daß bei einer Annahme des Heizbedarfs einer Familie von nur 3 Zentner Kohle monatlich etwa 1 700 000 deutsche Familien keine oder keine genügende Kohle erhalten

**Gesetzlich darf** in MAGGI Originalflaschen nichts anderes als MAGGI Würze feilgehalten werden. Beim Nachfüllen achte man deshalb darauf, dass die Würze aus der grossen mit dem Namen MAGGI versehenen Original-Flasche gefüllt wird. Auch verlange man ausdrücklich MAGGI Würze und weise Nachahmungen zurück.





**Offenbacher Lederwaren**  
 Damentaschen  
 Brieftaschen  
 Geldscheintaschen  
 Reisekoffer, Reisetaschen  
 beste Fabrikate  
**Kofferhaus Kronenstr. 51**

Mit Zustimmung des Stadterordnetenrates treten in den Beförderungsbedingungen der städt. Straßenbahn mit dem 12. November 1922 folgende Änderungen ein:  
 Fahrpreise: bis 5 Tst. 20 M., über 5 Tst. 30 M., f. Kinder v. 6-14 Jhr. 10 M., Fahrscheine: bis 2 Tst. (12 Scheine) 100 M., bis 5 Tst. (12 Scheine) 210 M., über 5 Tst. (8 Scheine) 210 M., Monatskarten: bis 3 Tst. 980 M., bis 6 Tst. 1200 M., bis 9 Tst. 1620 M., ganzes Netz 2220 M., Schülerwochenkarten: f. 2 Fahrten inkl. bis 5 Tst. 48 M., über 5 Tst. 60 M.; f. 4 Fahrten inkl. bis 5 Tst. 60 M., über 5 Tst. 80 M.

Die Preise für Lehrlingswochenkarten werden entsprechend denen der Schülerwochenkarten mit den entsprechenden Zuschlägen erhöht. Die Entkommensgrenze, bis zu der Lehrlingswochenkarten verausgabt werden, wird auf 4000 M. monatlich erhöht. Der Preis der Monatskarten für Kriegsbefähigte erhöht sich auf 470 M. (hierzu trägt die Hälfte die Stadt). Die Erneuerung der Monatskarten für die zweite Novemberhälfte kann vom 11. ds. Mts. ab bei den bekannten Ausgabestellen erfolgen. Die unter Geltung des Tarifs d. 1. Okt. 22 ausgegebenen Fahrscheine können legittim bis am 15. Dez. 22 benutzt werden und verlieren dann ihre Gültigkeit.  
 Der § 5 Abs. 4 der Beförderungsbedingungen erhält folgende Fassung: „Fahrpreise, die ohne mäßigen Fahrausweis im Wagen betroffen werden, oder solche, die den Wagen vor Entziehung des Fahrgeldes zu verlassen versuchen, oder sich auf einen Hinweis des Schaffners betr. Fahrausweis nicht gemeldet haben, sind — unabhängig der Strafverfolgung wegen Hinterziehung des Fahrgeldes — zur Entziehung des Fahrausweises des jeweils nachgehenden Mindestfahrpreises und zur Lösung eines der Fahrt entsprechenden Fahrscheines verpflichtet.“

Im Tarif der Karlsruher Lokalbahnen tritt ebenfalls am 12. November 22 eine Erhöhung ein. Nähere Auskunft erteilen die Stationen. Mit Wirkung d. Montag, den 13. ds. Mts. ab werden die einzelnen Linien im 7/4 Minutenverkehr wie folgt: Die Linie 1 verkehrt wie früher von Durlach bis Rheinstetten und zurück. Die Linie 2 wird als blaue Linie vom Friedhof über Marzplatz, Eitlingersstr., Hauptbahnhof, Karlsrufer, Mühlburger Tor zur Stöberstr. und zurück gefahren. Die Linie 3 (Blau) ändert sich nicht. Die Linie 4 kommt in Wegfall. Die Linie 5 verkehrt v. Hauptbahnhof über Hauptbahnhof, Marzplatz, Hauptstr., Mühlb. Tor zum S. Kreuz und von hier über die Markt- u. Karlsrufer zum Hauptbahnhof zurück und umgekehrt.  
 Die ersten und letzten Fahrgelegenheiten auf den einzelnen Linien sind aus den an den Endstationen umgesetzten angebrachten Fahrplänen ersichtlich.  
 Karlsruhe, den 10. November 1922.  
 Städtisches Bahnamt.

**Preise für markenfreie Backwaren**  
 ab 11. November 1922.  
 80 Gramm Weizenbrot 30 M.  
 250 Gramm Weizenbrot 90 M.  
 400 Gramm Weizenbrot 140 M.  
 500 Gramm Kornbrot 108 M.  
 Salzgeb. Salzgebäck usw. 15 M.  
 Städtisches Preisprüfungsamt. 8005

**Damen-Pelze**  
 zu mäßigen Preisen im  
**Pelz-Haus**  
 Lehmann, Zirkel 32  
 1 Treppe hoch. 5474

**Reparaturen an Uhren, Gold- und Silberwaren**  
 Carl Zepfel, Uhrmacher, Morgenstr. 12.

**Kunstlederbau G. m. b. H. Ettlingen**  
 (Privatbetrieb)  
 Werkstätten zur Herstellung künstlicher Glieder und orthopädischer Schuhwaren für Kriegsbeschädigte und Private.  
 Zweigstellen: Mannheim: Schloßwache  
 Mosbach: Kronenstr. 6  
 Rastatt: Iller Kaserne (1783)  
 Offenburg: Kasernegebäude Bau I  
 Donaueschingen: Wöhrlenstr. 2  
 Karlsruhe: Kriegsstr. 100, b. Garnis.-Lazarett

**Kragen-wäscherei Schorpp**  
 Herrren- Leibwäsche  
 Annahme-Stellen:  
 Karlsruhe: Bernhardstraße 8, Kaiserstraße 34 u. 243, Gerwigstraße 39, Amalienstraße 14  
 Waldstraße 64, Wilhelmstraße 32, Auguststraße 13, Schillerstraße 18, Kaiseralle 37  
 Gabelsbergerstraße 1, Rheinstraße 18, Durlach: Hauptstraße 15.

# Nutze dein Herdfeuer!

## Erbsensuppe durchgerührt

Dazu Schweinefleisch serviert,  
 Sättigt und schmeckt wunderbar.  
 Bis die Erbsen weich und gar.  
 Gut Persil\*) zu gleicher Zeit  
 Wacker seine Schuldigkeit.

\*) Persil, das selbsttätige Waschmittel reinigt, bleicht und desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.<sup>12</sup>



## Prima Tafelobst

Obstgabelstelle der Bad. Landwirtschaftskammer bei Gärtner Brehm, Viktoriastr. 5, Telefon Nr. 559. 5574

**ALUMINIUM**  
 Kochtöpfe  
 in großer Auswahl  
 nur Qualitätsware  
 stets zu den  
 billigsten Tagespreisen  
 Nürnberger, Karlsruhe  
 Aluminium-Spezialgeschäft  
 Waldstr. 22, neben Resi.

**Möbelerweiterung.**  
 Am Mittwoch, 15. Nov. vormittags von 9 Uhr an, findet im Versteigerungsausschuss des Reichsanzeigers, Schwannstr. 6, 2. Stock, die öffentliche Versteigerung der verfallenen Möbel Nr. 2884 bis mit Nr. 3822 gegen Versteigerungsbüro statt. Das Versteigerungsausschuss wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. Die Kasse bleibt am Versteigerungstage geschlossen.  
 Karlsruhe, 2. Nov. 1922.  
 Stadt-Versteigerungsbüro.

**Städt. Freibank.**  
 Reichsbank, Montag 9-10 Uhr, Nr. 1101 bis 1200, Mittwoch 9 bis 10 Uhr Nr. 1201-1400.  
 Abgel. Ehepaar sucht 1-2 leere Zimmer mit Kochgelegenheit gegen gute Bezahlung. Angebote unter Nr. 5679 an das Volksfreundbüro.  
 Kränlein sucht 1st. m. d. d. in der Stadt. Offerten unter Nr. 5680 an das Volksfreundbüro.

**Eigene Schlafzimmer**  
 mit schönen Spiegelschränken, 160 und 180 cm breit, und beste Schreinereiarbeit sehr billig zu verkaufen.  
 Etbl. Zahnungs-erleichterung. Spezial-Vertreter C. Schweitzer, Amalienstr. 1.

**Felle, Altmetalle, Eisen, Papier, Keller- u. Speicherkorn**  
 kauft Gernerstein, Holtenauerstr. 20, Telef. 3481.  
**Felle!**  
 Kanin, Hasen, Ziegen, Maulwürfe, Katzen, Marder, Füchse, Tierhaare, Menschenhaare kaufen und zahlen die höchsten Tagespreise.  
 Lupolanski & Cie., Marlonstr. 12, 2. Hof, Telefon 1416.  
 Druck-Druckarbeiten aller Art liefert Eukharder Gled & Cie., Pulverstraße 24.

**Dr. Rob. Schwank**  
 prakt. Arzt  
 wohnt jetzt  
**K.-Wilhelmstr. 17**  
 Telefon 2513. 5578

**Badisches Landestheater.**  
 Samstag, den 11. Nov. 6 1/2 bis 10 Uhr. 4.200.—  
 a. Abon. Th. Gem. B. V. B. Nr. 4301 4500.—  
**Wilhelm Tell** (Ständlich).  
 Sonntag, den 12. November 3098  
**Landestheater** **Konzerthaus**  
 6 1/2 bis 10 Uhr. 4.450.— 7 bis nach 9 Uhr. 4.180.—  
 Cavalleria rusticana Der kausche Lebemann.

**Union-Theater**  
 Der erstklassige Spielplan  
**Margot de Plaisance**  
 Ein Frauenschicksal in 5 Akten  
 Regie: J. Delmont. Hauptdarsteller: Lu Sind, E. Deraburg u. A.  
**Um ein Königreich**  
 3. u. letzter Teil d. Abenteuerromans  
**Der König von Colonda**  
 6 Akte 5576

**Residenz-Eichtspiele**  
 Waldstr. 20 — Telefon 3111.  
 Ab Samstag bis einschl. Dienstag.  
**Man soll es nicht für möglich halten**  
 (Maciste und die Javanerin). 5570  
 In der Hauptrolle: Maciste, Carola Telle  
 Chaplin und der Großfürst von Kirkisten.  
 In der Hauptrolle: Charles Chaplin.

**Palast-Lichtspiele**  
 Karlsruhe i. B.  
 Herrenstr. 11. Telefon 2502.  
 Ab heute bis Freitag, den 17. November 5572  
**Der Graf von Monte Christo**  
 Nach dem bekannten Roman von Alexander Dumas  
 5. und letzter Teil:  
**Schuld und Sühne**  
 in sechs Akten.

**„Er“ und seine zwei Rivalen**  
 Grotteske mit Harold Lloyd in der Hauptrolle.

## Frauen-Sektion

der „Vereinigten Sozialdemokratischen Partei“ Karlsruhe  
 Am Dienstag, den 14. November 1922, abends punkt 8 Uhr, im großen Rathhaussaal  
**Öffentlicher Vortrag**  
 über  
**Die Lebensmittelversorgung und die Hausfrauen**

Es sprechen: Genossin Luise Müller, Vorsitzende der sozialdemokratischen Frauen-Sektion und Genossin Stadtrat G. Jung  
 Hierzu sind alle Hausfrauen und erwachsenen weiblichen Personen freundlich eingeladen. Der Eintritt ist frei.  
**Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Karlsruhe.**  
 Montag, den 13. November, gleich nach Schluß der Arbeitszeit im Lokal zum „Telefonten“ außerordentlich wichtige  
**Mitglieder-Versammlung.**

**Zaasordnung:**  
 1. Die Gemeindearbeiter im Kampfe um ihre Existenzbedingungen und welche Aufgaben haben wir bei den kommenden Gemeindevahlen zu erfüllen.  
 Referent: Kol. Stadtrat A. Philipp.  
 2. a) Verhinderung über die schwebende Lohnbewegung der Gemeindearbeiter und unsere Stellung hierzu.  
 b) Bericht über die mit der Reichsregierung abgeschlossene Lohnbewegung für die Monate Oktober und November der Reichs- und Staatsarbeiter betreffend.  
 Referent: Kollege W. Koch.  
 Die in dieser Versammlung zu erledigende außerordentlich wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen. Die Versammlungsarbeiten werden dringend erucht, für die weitere Subtilisierung dieser Versammlung Sorge zu tragen, sowie um die Entfaltung einer Propaganda.  
 Die Abhaltung.  
 5575

Billigste Bezugsquelle f. Damenkonfektion  
**Wintermäntel, Kostüme, Röcke**  
 Kleider, Blusen, Strickjacken, Ueberblusen, Unterröcke, Reformhosen zu billigsten Preisen. 5588  
**Daniels Konfektionshaus**  
 Karlsruhe, Wilhelmstraße 34, 1. Treppe.

**Pelze** Pelzmäntel u. Jacketts werden zum Umändern, Neuarbeiten  
**Felle**  
 zum Gerben, Färben und Reinigen übernommen bei tadelloser, billiger Ausführung und prompter Lieferung. 4736  
**Georg Kumpf** Douglasstr. 8 putterro  
 Ecke Akademiestraße (kein Laden).

**Arbeiter u. Beamte**  
 verkauft neue Lampen, Eisen, Messing, Metalle, Papier, Knochen, Fischchen etc. nur an  
**Kleiner & Stechler**  
 Telefon 4146 — Wappnerstraße 92.  
 Wir zahlen die höchsten Preise — Auf Wunsch wird die Ware abgeholt — Händler und Handwerker erhalten Großpreise. 5484



